



## Ländlicher Raum und Mobilität

### Innovative Angebote

Autorin Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen e.V., Landrätin Marburg-Biedenkopf

Vollkommen zu Recht wird das Thema Mobilität eines der zentralen des kommenden Landtagswahlkampfes in Hessen sein. Denn es ist für die meisten hessischen Bürger\*innen von zentraler Bedeutung. Dabei sind die Herausforderungen beim Thema Mobilität in den Ballungsräumen und im ländlichen Raum, der den weit überwiegenden Teil sowohl der Fläche als auch der Einwohner\*innen Hessens ausmacht, durchaus unterschiedlich.

Während es in den Ballungsräumen oft um überlastete Infrastrukturen und Sanierungsstaus oder langwierige Planungen bzw. die Qualität der Verkehrs-Infrastruktur und somit die Versäumnisse in 18 Jahren CDU-Regierung in Hessen geht, steht der ländliche Raum eher vor der Herausforderung der Bereitstellung und Organisation passgenauer und ausreichender Mobilitätsangebote. Diese haben im ländlichen Raum uneingeschränkt den Charakter von grundsätzlicher Daseinsvorsorge.

Wenn sich der bundesweite Trend in den Ballungsräumen fortsetzt, dass auf der einen Seite der Zuzug in die Ballungsräume zunimmt, auf der anderen Seite aber gleichzeitig eine Verdrängung von Normalverdienenden und finanziell schwächeren Menschen aus den innerstädtischen Quartieren in die Peripherie damit korrespondiert, werden die Herausforderungen an Mobilität im ländlichen Raum steigen.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit seinem Oberzentrum Marburg ist trotz seiner hohen Industriedichte ein solcher ländlich geprägter Flächenlandkreis. Mit dem PKW benötigt man in Ost-West-Richtung 70 bis 90 Minuten für die Durchquerung. Die Bahnverbindungen in die Rhein-



Gemeinsam e-Carsharing: Vor einem E-Auto stehen (v. l.) Erster Stadtrat Manfred Günther, Ortsvorsteher Michael Vaupel, Projekt-Begleiter Michael Schramek, Bürgermeister Michael Emmerich, Landrätin Kirsten Fründt, Nico Horst vom Autohaus Horst, Dr. Norbert Clement und Amelie Bonarius vom Klimaschutz-Team des Landkreises. Foto: Landkreis Marburg Biedenkopf

Main-Region und nach Nordhessen sind gut entwickelt, es fehlen aber oft die Zubringer aus der Region und die Kapazitätsgrenzen sind erreicht. Dasselbe gilt für die Autobahnen. Die Realisierung von Angeboten der Mobilität innerhalb und zwischen den 22 Kreiskommunen ist auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf trotz Bürgerbussen etc. eine große Herausforderung.

### Mobilitätskonzept für Verwaltung und Landkreis

Vor diesem Hintergrund erarbeitet der Landkreis Marburg-Biedenkopf nicht nur ein Mobilitätskonzept für seine eigene Verwaltung, sondern für den Landkreis insgesamt. Auch die Kreisverwaltung steht wegen der Fläche des Kreises und mehrerer Verwaltungsstandorte vor besonderen Voraussetzungen. Die Gestaltungsmöglichkeiten werden dennoch genutzt. Der eigene Fuhrpark wird sukzessive auf E-Fahrzeuge umgestellt, es gibt Dienst-E-Bikes und seit kurzem stehen den Mitarbeitenden auch Carsharing-Wagen dienstlich

zur Verfügung. Zurzeit wird im Auftrag des Kreistages die Möglichkeit eines RMV-Tickets für alle Mitarbeitenden vom Finanzamt geprüft, und ebenso geprüft wird das Thema E-Bike-Leasing für Mitarbeitende.

Im nächsten Schritt soll dann die Nutzung des ÖPNV für alle Mitarbeitenden bei Dienstfahrten – soweit möglich – verpflichtend werden. Ergänzt zum Beispiel um E-Bike-Ladestationen, Informationen über Abfahrtszeiten des ÖPNV auf den dienstlichen Rechnern etc.

Die Politische Spitze und die Verwaltung im Kreis Marburg-Biedenkopf haben den Anspruch, über die Pflichtaufgaben hinaus die Entwicklung des Landkreises aktiv zu gestalten. Dies geschieht mit intensiver Beteiligung der Kreisgesellschaft unter Nutzung der Beteiligungsplattform des Kreises. Zur Weiterentwicklung des Regionalen Nahverkehrsplans z. B. sind 80 Anregungen aus der Bürgerschaft eingeflossen. Und vor allem wurde

### Inhalt

Gemeinsam e-mobil

Carsharing in Roßdorf

Das Lernförderkonzept von Chancenwerk e.V.

Mitleben – selbstbestimmt leben

Unser Zuhause – Die Wohngemeinschaft der Lebenshilfe in Korbach

Es geht um das Wie! – nicht nur um das Was!

Erfahrungen aus dem Bildungsurlaub

### IMPRESSUM

#### Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Hessen e.V.,  
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden  
Telefon: (0611) 360 11 74  
Telefax: (0611) 360 11 95  
info@sgk-hessen.de

#### Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

#### Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH  
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

in einem fast 18-monatigen Radentwicklungsprozess gemeinsam mit den Bürger\*innen, den Kommunen, Hessen mobil und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen das gesamte Radwegenetz des Landkreises überprüft und über dessen Weiterentwicklung beraten. Ergebnis: Eine Liste mit gut 200 Einzelmaßnahmen, die nach gemeinsam entwickelten Kriterien priorisiert wurden, und das Radverkehrsforum mit knapp 80 Mitgliedern, das als ständiges Gremium die Radverkehrsentwicklung in den nächsten Jahren begleiten wird. Dieser Prozess wird unter anderem vom Land und vom Allgemeinem Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) als so beispielhaft wahrgenommen, dass die zuständigen Mitarbeitenden als Referenten für Seminare und Schulungen angefragt werden.

Dass der Prozess gut akzeptiert wird, hängt auch mit der umfassenden Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit zusammen. 2019 gehen nun die ersten Infrastruktur-Maßnahmen der Prioritätenliste in die Umsetzung. Da die konzeptionellen Überlegungen in Mobilitätsfragen einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, wird selbstverständlich verstärkt auch in die Kreisstraßen investiert und über die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken nachgedacht.

### Gemeinsam mobil – E-Car-sharing im ländlichen Raum

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist „Masterplan-Kommune 100 Prozent Klimaschutz“. Übergeordnetes Ziel ist die deutliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Bereitstellung der im Landkreis verbrauchten Energie durch regenerative Quellen aus dem Landkreis, also Klimaneutralität.

Lag der Fokus in den ersten Jahren des Masterplan-Projekts auf der regenerativen Produktion von Wärme und Strom sowie Energieeinsparung, zum Beispiel durch die energetische Sanierung der kreiseigenen Schulen, rückten in den letzten zwei Jahren die Aufgaben Mobilität und bürgerschaftliche Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in den Fokus.

Ideal verbunden werden diese beiden Aspekte in dem im August 2016 gestarteten Projekt „Gemeinsam



Medien- und Kampagnenarbeit sind wichtig für die Weiterentwicklung von Mobilitätsthemen. Deshalb beteiligte sich der Landkreis Marburg-Biedenkopf 2018 erstmals an der Aktion Stadtradeln. Foto: Landkreis Marburg Biedenkopf

mobil“, das bei Konzept und Umsetzung vom Fachdienst Klimaschutz und Erneuerbare Energien des Landkreises Marburg-Biedenkopf begleitet und vom Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur gefördert wird. Ziel des Projektes ist, für die drei unterschiedlichen Kreiskommunen Caldern, Rauschenberg und

Weimar aufzuzeigen, wie auch im ländlichen Raum, in dem sich klassisches, stationsbasiertes Carsharing kommerzieller Anbieter nicht rechnen, Carsharing-Modelle realisiert werden können. Mit dem Ziel der Erstellung eines Leitfadens und der Übertragbarkeit auf andere Kommunen im ländlichen Raum. Frage-

## Gemeinsam e-mobil

Interview mit Manfred Günther, stellvertretender Vorsitzender des Vereins „gemeinsam e-mobil“ und Erster Stadtrat (SPD) der Stadt Rauschenberg

**Im Dezember 2016 fand das erste Workshop-Treffen mit Bürgerinnen und Bürgern statt – neun Monate später beginnt in Rauschenberg das e-Carsharing-Zeitalter mit zwei Autos. Was sind die Gründe dafür, dass das Projekt so schnell umgesetzt worden ist?**

Eigentlich ist die Antwort ganz einfach. Das innovative Modell-Projekt „Gemeinsam Mobil“ des Landkreises Marburg-Biedenkopf ist im richtigen Moment in einer energiegeladenen Kommune installiert worden. Energiegeladen dabei in mehrfacher Hinsicht: Rauschenberg als Bioenergiestadt produziert mit Bioenergie-dörfern und Windparks bereits mehr Energie als die Bevölkerung verbraucht – dies sensibilisiert auch für das Thema. Aber vor allem haben sich die Bürgerinnen und Bürger auch bei diesem Projekt von Anfang an mit viel Energie in das Thema ein- und es so vorangebracht.

**Klingt fast so, als wären Lösungen für mehr Mobilität auf dem Lande eigentlich ganz einfach**

**und nebenbei wird auch noch die Energiewende eingeleitet, oder?**

Ganz so einfach ist es dann leider doch nicht. Entwicklung und Umsetzung eines Car-Sharing-Modells müssen in jeder Kommune ganz individuell stattfinden. In Rauschenberg hat sich das Autohaus Horst von Anfang an eingebracht. Das Ergebnis ist, dass die Trägerschaft geteilt ist: Die Stadt übernimmt die Koordination und das Autohaus stellt die beiden Elektromobile.

**Was ist besonders für die Bürger am Rauschenberger Modell?**

Die Nutzung ist so einfach wie möglich gestaltet worden. Niemand braucht einem Verein oder einer Genossenschaft beizutreten. Um die Fahrzeuge ausleihen zu können, muss man sich einfach bei der Stadt registrieren lassen. Dann kann es losgehen. Über regio-mobildeutschland kann eines der Elektroautos für eine bestimmte Uhrzeit online gebucht werden. Bezahlt wird aufgrund digitaler Abrechnung per Bankeinzug.

stellungen waren unter anderem die Identifizierung und Einbeziehung von Initiator\*innen, Entscheider\*innen und Schlüsselakteur\*innen, potentiellen Standorten und Ladeinfrastruktur, sowie die Entwicklung von Rechtsform, Finanzierung, Buchungssystem, Preisstruktur, Verwaltung und Business-Plan. Eingebunden in den Prozess waren nicht nur die Modellkommunen, sondern auch relevante Arbeitgeber\*innen im Landkreis und regionale Akteur\*innen der Elektromobilität. Der im Projekt erarbeitete Leitfaden steht unter dem Link [www.klimaschutz.marburg-biedenkopf.de](http://www.klimaschutz.marburg-biedenkopf.de) zur Verfügung.

Die Stadt Rauschenberg hat das Projekt „Gemeinsam mobil“ bereits umgesetzt.

**Informationen unter**  
[www.rauschenberg.de](http://www.rauschenberg.de)



Manfred Günther Foto: Stadt Rauschenberg

**Und wenn wie in Rauschenberg nicht gleich alles so gut zusammenpasst?**

In der Region haben sich in sieben Orten Initiativen gefunden, die Car-Sharing umsetzen wollen – in der Folge des vom Landkreis initiierten Projektes. Sie haben den Verein „gemeinsam e-mobil“ gegründet. Die Ortsgruppen haben eine gemeinsame Dachorganisation gebildet, die nicht nur Doppelstrukturen vermeiden und Vorteile beim Abschluss von Verträgen bieten soll. Sie hilft auch Initiativgruppen, tragfähige Strukturen zu bilden, Projekte auf den Weg zu bringen oder sie dauerhaft zu pflegen.

# Bezahlbare Mietwohnungen schaffen

Einen Kurswechsel in der Wohnungspolitik hat Thorsten Schäfer-Gümbel gefordert. Der Bau bezahlbarer Mietwohnungen müsse endlich mit Nachdruck voran gebracht werden.

Die wohnungspolitische Bilanz nach 19 Jahren unter CDU-Führung sei dramatisch: „Das Angebot nimmt ab, der Bedarf nimmt zu und das Land treibt mit Bodenspekulation die Preise.“ 37.000 Wohnungen würden jährlich gebraucht, gebaut wurden 2017 nur 20.000. Davon gerade 582 Mietwohnungen mit Förderung des Landes. „Der Anteil der Sozialwohnungen hat sich unter CDU-Verantwortung mehr als halbiert und Wohnungsbaugesellschaften wurden privatisiert.“

Schäfer-Gümbel kritisierte: „Die CDU interessiert sich schlichtweg nicht für Menschen, die zur Miete wohnen. Sie interessiert sich nicht für die Folgen des Wohnungsmangels und der explodierenden Mietpreise. Sie interessiert sich nicht für die soziale Frage des nächsten Jahrzehnts.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende



Mietwohnungen müssen bezahlbar bleiben – deshalb fordert Thorsten Schäfer-Gümbel einen Mietpreisstopp bei den Wohnungsbaugesellschaften. Foto: Elvedin Goljica

kündigte an, eine von ihm geführte Landesregierung werde nach der Landtagswahl die zersplitterten Zuständigkeiten für Bauen, Wohnen und Landesplanung zusammenführen und aktiv in den Wohnungsbau einsteigen. „Inzwischen zahlen die Familien in unseren Großstädten durchschnittlich 40 Prozent ihres Einkommens nur für die Kaltmiete. Dagegen hilft nur Bauen, Bauen und nochmals Bauen – und zwar öffentlich geförderte Wohnungen.“

Schäfer-Gümbel forderte eine nachhaltige Wohnbaupolitik, um die Preisspirale am Markt zu durchbrechen: Erbbaurechte statt Privatisierung bei der Bebauung von öffentlichem Grund, kommunale Bodenfonds als Elemente der Daseinsvorsorge, die Freigabe von zusätzlichen Landesflächen für den Wohnungsbau und die Bekämpfung von Boden- und Immobilienspekulation.

## Anlieger entlasten

Die Abschaffung der umstrittenen Straßenausbaubeiträge bleibt für die SPD-Fraktion auf der politischen Agenda. Das hat der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph betont. Die von Schwarz-Grün beschlossene Neuregelung sei unzureichend und entlaste die

Bürgerinnen und Bürger nicht genügend. Die SPD stehe für eine vollständige Abschaffung der Beiträge, die im Einzelfall mehrere 10.000 Euro betragen können. Die Kommunen sollten über einen Investitionsfonds einen finanziellen Ausgleich vom Land erhalten.



Zankapfel Straßenausbaubeiträge – an einer Demonstration für die Abschaffung dieser ungerechten Beiträge hat die SPD-Landtagsfraktion, vertreten durch Heike Hofmann und Elke Barth, auf Einladung der Bürgerinitiativen teilgenommen. Foto: Gert-Uwe Mende

## Dokuments des Stillstands

Der Hessische Landtag hat abschließend über die Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) beraten. Tobias Eckert begründete die Ablehnung der SPD-Fraktion: „Der Landesentwicklungsplan ist ein Dokument des Stillstands nach 19 Jahren CDU-geführter Landesregierungen. In der Anhörung wurde breite Kritik von Kommunen und Verbänden am LEP geäußert. Die schwarzgrüne Landesregierung hat nicht die Kraft aufgebracht, ihre Fehler zu korrigieren.“

Die SPD fordere eine Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans, da eine bloße Änderung nicht ausreiche, um die unterschiedlichen Entwicklungen und Bedürfnisse in Bezug auf Wohnen und Mobilität in den hessischen Regionen zu berücksichtigen. „Der Ballungsraum braucht im Bereich Wohnen andere Antworten, als der ländliche Raum. Auch das Thema Mobilität muss an die regionalen Besonderheiten angepasst werden. Hier liefert



Tobias Eckert.

Foto: Martina Häusel-David

die schwarz-grüne Landesregierung nicht, sondern hält an traditionellen Vorstellungen zur Regionalentwicklung fest“, so Eckert.

Es werde Zeit für einen Politikwechsel in Hessen, damit neue Ideen vorangebracht werden könnten.

## Carsharing in Roßdorf

Möglich mit Unterstützung der Gemeinde

**Autor** Matthias Meyer, Hauptamt/Verwaltungsleiter Roßdorf

Die Mobilität im ländlichen Raum und das Angebot an die Bevölkerung, den Individualverkehr in der Gemeinde Roßdorf/Landkreis Darmstadt-Dieburg nach Möglichkeit zu reduzieren, haben bereits 2015 zu der Überlegung geführt, in der Gemeinde Roßdorf ein Carsharing-Angebot einzurichten.

Zahlreiche Bürger\*innen nutzen mittlerweile das Fahrrad oder e-Bike für die örtliche und regionale Mobilität. Die Gemeinde Roßdorf verfügt aufgrund der zentralen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg und der unmittelbaren Nähe zu Darmstadt zudem über ein sehr gutes ÖPNV-Angebot mit drei gut getakteten Buslinien im Gemeindegebiet.

Die Gemeindeverwaltung Roßdorf wollte zudem ihre erforderlichen Dienstfahrten neu organisieren und diese mit einem attraktiven Carsharing-Angebot für die Bevölkerung verbinden. Ein Carsharing-Anbieter aus Wiesbaden war 2015 der einzige Anbieter, der Interesse daran bekundet hatte, eine Carsharing-Station in der Gemeinde Roßdorf einzurichten. Mit diesem Carsharing-Anbieter und interessierten Nachbarkommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde in mehreren Gesprächen ein Konzept für die Einrichtung eines Angebotes in der jeweiligen Gemeinde erarbeitet.

In der Gemeinde Roßdorf besteht der Kooperationsvertrag seit dem 1. Juni 2016. An der zentralen Carsharing-Station in der Ortsmitte von Roßdorf stehen in der Regel drei City-Flitzer und ein fest buchbarer Pkw für interessierte Nutzer\*innen zur Verfügung. Die Gemeinde Roßdorf unterstützt das Angebot in den ersten drei Jahren mit monatlich 500 Euro und erhält dafür ein Fahrguthaben für die anfallenden Dienstfahrten der Mitarbeiter\*innen.

### Genauere Abrechnung

Sämtliche Abteilungen der Gemeindeverwaltung sind berechtigt und aufgefordert, die Fahrzeuge aus dem Carsharing-Pool zu nutzen. Die Kosten werden kilometergenau den jeweiligen Abteilungen der Gemeindeverwaltung mit einer monatlichen Abrechnung berechnet. Die Bürger\*innen haben die Möglichkeit, sich im Servicebüro der Gemeindeverwaltung nach erfolgter Online-Registrierung bei dem Anbieter dort für die Nutzung der Fahrzeuge freischalten zu lassen. Als Schlüssel und Abrechnungsgrundlage dient die Checkkarte, die alle Nutzer\*innen nach der Registrierung erhalten.

In der Gemeinde Roßdorf nutzen neben den Mitarbeiter\*innen der Gemeindeverwaltung rund 70 Bürger\*innen dieses attraktive Mobilitätsangebot.



Einer der drei City-Flitzer

Foto: book-n-drive Carsharing



Gemeinsam lernen in kleinen Gruppen

Fotos: Chancenwerk e.V.

## Das Lernförderkonzept von Chancenwerk e.V.

Mehr Chancengleichheit für hessische Schüler

**Autorin** Anke Jüntgen, Referentin Kommunikation Chancenwerk e.V.

Chancenwerk e.V. setzt sich bundesweit für gleiche Bildungschancen für Schüler\*innen aller Schulformen ein. Seit etwa drei Jahren ist Chancenwerk auch in Hessen aktiv und unterstützt mit dem Konzept seiner Lernförderung, der Lernkaskade, Schüler\*innen und Jugendliche in ihrer schulischen und persönlichen Entwicklung. Insgesamt 215 Schüler\*innen in Hessen an der Wilhelm-von-Riehl-Schule (seit 2013), der Wilhelm-Leuschner-Schule (seit 2015) und der Sophie-und-Hans-Scholl-Schule (seit 2016) in Wiesbaden sowie an der Michael-Ende-Schule (seit 2013) und der Niddaschule (seit 2016) in Frankfurt profitieren derzeit von der gezielten Lernförderung in Kleingruppen. Eine weitere Schule startet nach den Sommerferien.

### Ein solidarisches Konzept

Das Lernsystem ist für alle Schüler\*innen zugänglich, deren Familien sie aus finanziellen, zeitlichen oder sprachlichen Gründen beim Lernen nicht unterstützen können. Nach dem Prinzip „Geben & Nehmen“ traut Chancenwerk Jugendlichen höherer Jahrgänge zu, eine Gruppe von Unterstufenschüler\*innen bei ihren schulischen Aufgaben zu unterstützen. Dafür erhalten die Jugendlichen selbst kostenfreie Lernhilfe durch Studierende.

Von der Lernkaskade profitieren alle. Bei der Lernkaskade handelt es sich um mehr als den klassischen Nach-

hilfeunterricht: Die Schüler\*innen der Abschlussklassen können mithilfe der Studierenden einen guten oder noch besseren Schulabschluss erreichen. Auf dem Weg dahin wiederholen sie eigenen Schulstoff und erfahren eine wichtige Stärkung ihres Selbstwertgefühls. Auch kommen sie mit Schüler\*innen anderer Schulklassen in Kontakt: „Durch Chancenwerk bin ich nun mit den Zehntklässlern befreundet, die ich in der Lernförderung kennengelernt habe. Die Schüler und Studenten sind total nett und alle gehen toll miteinander um“, schwärmt Ksenia aus der 9. Klasse der Sophie-und-Hans-Scholl-Schule in Wiesbaden. Bei ehrenamtlicher Mithilfe erhalten die Schüler\*innen ein Zertifikat. Dieses wird von Ausbildungsbetrieben erfahrungsgemäß sehr positiv aufgenommen.

Die jüngeren Schüler\*innen lernen in kleinen Gruppen und werden individuell gefördert. In schulischer Hinsicht steht das Schließen von Wissenslücken, die Vorbereitung auf Klassenarbeiten und das Erledigen der Hausaufgaben im Vordergrund. Ebenso wichtig ist jedoch das Lernen mit Freude sowie der freundschaftliche Kontakt und Austausch mit den älteren Schüler\*innen und Studierenden: „Man kann offener mit ihnen reden und sie erklären mir die Aufgaben zur Not auch mehrmals“, erzählt die 14-jährige Dounia aus der 7. Klasse. Ksenia hilft Dounia aktuell bei den

Englischaufgaben. Dounia möchte einmal Steuerfachangestellte werden.

Das bestätigt auch Dudu Vural, Mitgründerin von Chancenwerk und zuständig für das Thema Bildung und Teilhabe im Chancenwerk: „Wir sehen eine sehr hohe Hilfsbereitschaft unter den Schülern. Hemmungen, auch außerhalb des Klassenzimmers miteinander zu sprechen, nehmen schnell ab.“

Die Studierenden – sie sind oftmals Lehramtsstudent\*innen – werden ebenso wie die älteren Schüler\*innen in regelmäßigen Workshops auf ihre Aufgabe vorbereitet und fortlaufend begleitet. Zudem können die Studierenden praktische Erfahrungen sammeln und gleichzeitig einen Teil ihres Studiums finanzieren.

### Enge Zusammenarbeit mit Schulen

Das Angebot basiert auf einer Kooperation und einem engen Austausch mit den Schulen. Mit den Lehrpersonen können sich die Mitar-

beitenden des Vereins so etwa über den Lernstand der Schüler\*innen austauschen. Den Kontakt zwischen den Wiesbadener Schulen und Chancenwerk stellte das Amt für Soziale Arbeit her.

Die Lernförderung findet zweimal pro Woche für je 90 Minuten in der vertrauten Lernumgebung der Schüler\*innen in ihrer Schule statt. Der Mitgliedsbeitrag für eine Teilnahme an der Lernförderung beträgt 20 Euro pro Monat und Kind. Beziehen die Eltern Sozialleistungen, wird bei Leistungsanspruch die Lernförderung über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) finanziert. Die Differenzbeträge – denn eine Lernförderstunde kostet 60 Euro – trägt der Verein, der sich durch Stiftungen und Unternehmen finanziert.

Ziel ist es, das Angebot auszuweiten, noch mehr Kinder zu erreichen und so die soziale Wirkung zu erhöhen. Aktuell kooperiert der Verein bundesweit mit 86 Schulen in 34 deutschen Städten in neun Bundesländern. Es

werden wöchentlich etwa 5.000 Kinder und Jugendliche erreicht.

### Keine Chancengleichheit

„Trotz vieler Bemühungen ist es in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen, den Bildungsverlauf junger Menschen von ihrer sozioökonomischen Herkunft zu trennen. Von der angestrebten Chancengleichheit ist unser Bildungssystem noch weit entfernt“, so Murat Vural, geschäfts-

führender Vorsitzender von Chancenwerk. „An diesem Punkt setzen wir an: von der Lernkaskade können alle Schüler profitieren, gerade Kinder aus einkommensschwachen Familien.“

**Chancenwerk e.V. , Medienkontakt:**  
**Anke Jüntgen, Referentin Kommunikation, Tel.: 023 05 90 23 94 0 / Mobil: 0151 50 52 41 , Anke.Juentgen@chancenwerk.org, www.chancenwerk.org, www.facebook.com/Chancenwerk**



Ältere unterstützen jüngere Schüler\*innen

Fotos: Chancenwerk e.V.

# Mitleben – selbstbestimmt leben

## Eine Wohngemeinschaft in Korbach

**Autor** Michael Siebel, MdL

Die Landtagsfraktion besuchte während ihrer Frühjahrs-Klausur das Wohnprojekt in Korbach und informierte sich über die Voraussetzungen und Bedingungen für Wohngemeinschaften für Behinderte.

Von Zuhause ausziehen, in die eigenen vier Wände, in eine Wohngemeinschaft, selbständig und selbstbestimmt leben – für die meisten jungen Menschen eine Selbstverständlichkeit. Für Menschen mit geistiger Behinderung und deren Angehörige ein schwieriger Weg. Der soll nun leichter werden, mit fachlicher Beratung und Organisation, wie es die Lebenshilfe in Korbach im Landkreis Waldeck-Frankenberg anbietet.

Ralf Varchmin ist Leiter von Mitleben in Korbach und Teilhabemanager und damit der Ansprechpartner

für Personen, die an einer solchen Wohngemeinschaft interessiert sind. Varchmin verhandelt nicht nur mit den Sozialhilfeträgern, Pflegekassen und dem Landkreis, sondern muss auch geeignete Immobilien finden. Kein leichtes Unterfangen: Die Wohnung muss bezahlbar sein und sich an den Vorgaben der Sozialhilfe orientieren, es soll eine Infrastruktur vorhanden sein, also eine Anbindung an den ÖPNV und die Gelegenheit zum Einkaufen und für Freizeitgestaltung. Eventuell sind Umbauten erforderlich, um den Bedürfnissen der Bewohner\*innen gerecht zu werden.

### Langer Vorlauf

In die erste Wohngemeinschaft in Korbach zogen im Herbst 2015 sieben Personen ein, damals waren sie 20 bis 28 Jahre alt und kannten

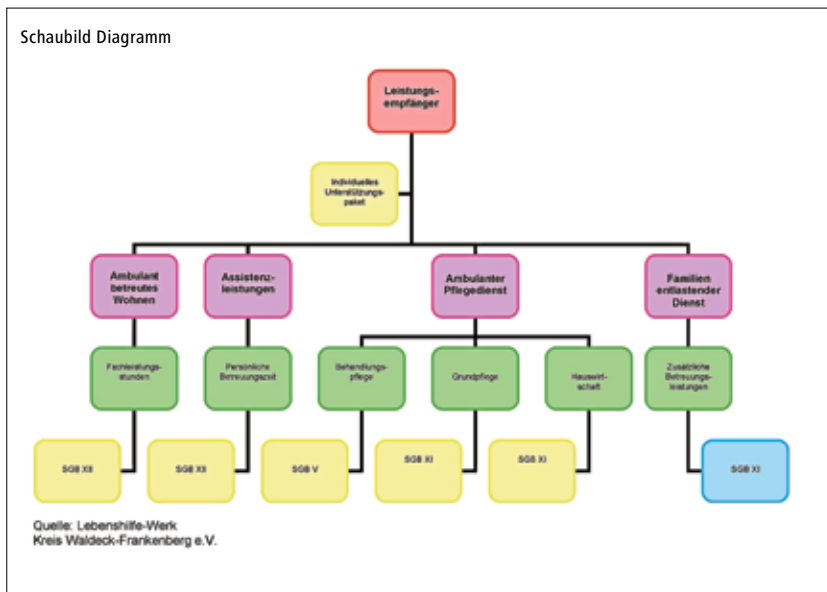
sich bereits. Von den ersten Plänen, die die Eltern schmiedeten, bis zum Einzug dauerte es sechs Jahre. Denn viele rechtliche und finanzielle Probleme müssen im Vorfeld geklärt werden, vor allem die Antragsstellung bei den Behörden und Pflegekassen erfordert langjährige Erfahrung und Fachkenntnisse im Sozialrecht. Einen Alleingang von Eltern oder Betroffenen kann der Sozialpädagoge nicht empfehlen, dafür gibt es zu viele bürokratische Hürden.

Letztlich hatte sich die Lebenshilfe in Korbach dafür entschieden, eine Wohnung zu kaufen, um die Finanzierung der Wohngemeinschaft sicherzustellen. Somit ist jede Wohngemeinschaft ein maßgeschneidertes Projekt und den individuellen Bedürfnissen und Wünschen der Bewohner\*innen angepasst.

Aber die Umsetzung dauert, und in manchen Fällen drängt die Zeit, denn oft sind die Eltern mittlerweile selbst schon älter oder krank und können die Betreuung zuhause nicht mehr gewährleisten. Auch den Prozess des Loslassens, sowohl bei Bewohner\*innen als auch bei deren Eltern, ist nicht einfach und muss begleitet werden. Abgesichert wird die Wohngemeinschaft durch einen anspruchsvollen Mix verschiedenster finanzieller Leistungen auf Grundlage der Sozialgesetzgebung, flankiert von Zuschüssen der Aktion Mensch und des hessischen Sozialministeriums (siehe Schaubild auf Seite VI).

### Bewohner\*innen entscheiden

Damit werden Betreuung und Pflege in dem für die Wohngemeinschaft notwendigen Bedarf gewährleistet, gegebenenfalls bis zu 24 Stunden täglich. Die Bewohner\*innen entscheiden über ihren Pflegedienst und die pädagogische Begleitung. Die Lebenshilfe schließt die entsprechenden Verträge, aber sie können auch wieder gekündigt werden, wenn die Bewohner\*innen es wünschen.



Die Bewohner\*innen „leben selbstverantwortlich und selbstbestimmt“, wie die Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg berichtet. „Trotz persönlicher Einschränkungen beim Einzelnen ist es den Mietern möglich, selbstbestimmt, gegebenenfalls mit Unterstützung, zu leben und zu handeln.“ Ihren Alltag können die Mitglieder der WG selbst gestalten, wie es ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entspricht.

Momentan begleitet die Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg drei selbstbestimmte Wohngemeinschaften. In anderen Regionen wie z.B. in Main-Kinzig, Wetzlar, Dieburg und in Kas-

sel entstehen weitere Wohngemeinschaften, bzw. sind bereits seit einiger Zeit in Betrieb.

### Struktur

Der Landesverband der Lebenshilfe in Marburg koordinierte bis 2017 hessenweit neun regionale Träger und Einrichtungen, die Hochschule RheinMain in Wiesbaden begleitete und wertete das Projekt aus. In der Praxis kommt dem Teilhabemanager die Schlüsselrolle zu, er koordiniert, vernetzt und beteiligt. Dabei handelt der Träger sozialraumorientiert, der Mensch und sein individuelles Bedürfnis stehen dabei im Mittelpunkt.

## Fragen an Ralf Varchmin, Leiter von Mitleben in Korbach

### DEMO: Am Anfang steht ...

Ralf Varchmin: Der gemeinsame Wunsch von jugendlichen Behinderten, selbständig und selbstbestimmt in einer Wohngruppe zu leben. Die Eltern wünschen für ihre Kinder eine eigene Wohngruppe, die ihnen eine pädagogische und pflegerische Begleitung bietet.

### Worin bestehen die größten Schwierigkeiten?

Ralf Varchmin: Das Antragsverfahren muss einfacher gestaltet werden. Jede\*r Berechtigte müsste in der Lage sein, seine individuellen Ansprüche durchzusetzen. In der Praxis sind die Verfahren zu kompliziert und bürokratisch. Problematisch ist der lange zeitliche Vorlauf, der benötigt wird, um eine Wohngemeinschaft auf den Weg zu bringen.

### Ihr Fazit?

Ralf Varchmin: Menschen mit Behinderung müssen selbständig und ohne Schwierigkeiten den Einzug in eine solche Wohngemeinschaft beantragen können – sodass sie selbst ihre Pflege und Unterbringung organisieren können, einen individuellen Anspruch haben und ihn zum größtmöglichen Nutzen einsetzen können. Das wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr Teilhabe und Inklusion, so wie es die UN-Behindertenkonvention vorsieht. Das „Poolen“ von Sachleistungen muss ermöglicht werden, also das Zusammenlegen von Ansprüchen verschiedener Personen.

**Wichtig:** Die Koordination und die Beratungsarbeit muss in allen Stadien finanziell gesichert sein, insbesondere die Funktion des Teilhabemanagers. SGB IX und XI müssen inhaltlich weiter an die UN-Behindertenkonvention angepasst werden.

Das Lebenshilfe-Werk bietet Unterstützung und Hilfestellung bei der alltäglichen Lebensführung:

- bei der individuellen Basisversorgung sowie bei der Integration in das soziale Umfeld
- bei der Entwicklung eines Lebensplanes mit kurzfristigen und langfristigen Zielen, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Fähigkeiten des

Einzelnen in seiner momentanen Verfassung

- Beratung im Alltäglichen, d.h. die Sicherung der elementaren Grundbedürfnisse wie Arbeit, Beschäftigung und Wohnen.

**Kontakt: Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg e.V. Am Stege 4, 34497 Korbach, Tel. 05631 5006-0, www.lhw-wf.de**

## Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention

### Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens anerkennen das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben, und treffen wirksame und geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen den vollen Genuss dieses Rechts und ihre volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft zu erleichtern, indem sie unter anderem gewährleisten, dass

**a)** Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben;

**b)** Menschen mit Behinderungen Zugang zu einer Reihe von gemeindenahen Unterstützungsdiensten zu Hause und in Einrichtungen sowie zu sonstigen gemeindenahen Unterstützungsdiensten haben, einschließlich der persönlichen Assistenz, die zur Unterstützung des Lebens in der Gemeinschaft und der Einbeziehung in die Gemeinschaft sowie zur Verhinderung von Isolation und Absonderung von der Gemeinschaft notwendig ist;

**c)** gemeindenahen Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Verfügung stehen und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.



Podiumsdiskussion am 30. Mai 2018 im Rahmen des Hessentags, veranstaltet vom Hessischen Sozialministerium in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Betreuungsvereine in Hessen. Themen waren die Auswirkungen des BTHG ab 2020 auf den Bereich Wohnen und die damit ggf. neuen oder vermehrten Aufgaben, die auf gesetzliche Betreuer zukommen könnten bzw. werden. Ralf Varchmin (2.v.l.) berichtete über seine Arbeit in Korbach. Foto: Lebenshilfwerk W-F

Mehr als die Hälfte der erwachsenen Menschen mit Lern-Schwierigkeiten leben bei ihren Eltern. Aber immer mehr wollen selbstständig wohnen. Vor allem die jungen Menschen. Aber auch ältere Menschen mit Behinderung. Es gibt viele verschiedene Arten zu wohnen. Jeder muss die Wohn-Form für sich finden, die am besten zu ihm passt.

Das steht auch in der UN-Konvention in Artikel 19:

**Alle Menschen müssen über ihr Leben selbst bestimmen können. Sie können sagen, wo und mit wem sie leben wollen. Sie dürfen nicht zu einer Wohn-Form gezwungen werden, weil sie eine Behinderung haben.**

Vielleicht braucht jemand viel Hilfe. Und möchte trotzdem in einer eigenen Wohnung leben. Dann muss man überlegen: Wie kann man das möglich machen? Oft gibt es einen Weg!

Es ist Mittwoch, halb Vier am Nachmittag. Die ersten Bewohner einer Wohn-Gemeinschaft in Korbach kommen nach Hause. Es sind sieben Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen. Sie alle kennen sich schon sehr lange. Als sie Kinder waren, haben sich ihre Eltern bei der Lebenshilfe getroffen. Schnell sind daraus Familien-Freundschaften geworden. Die Eltern haben früh über die Zukunft ihrer Kinder nachgedacht. Dann war die Idee da: Unsere Kinder sollen später einmal zusammenwohnen können!

Da waren die Kinder 15 oder 16 Jahre alt. Weil die Kinder aber eine schwere Behinderung haben, war den Eltern klar: Unsere Kinder können eigentlich nur in einer Wohn-Einrichtung leben. Aber sie wünschten sich: Unsere Kinder sollen so selbstbestimmt wie möglich leben können! Dann haben sie die Lebenshilfe gefragt: Was ist mit ambulant betreutem Wohnen? Unsere Kinder brauchen rundum Betreuung und viel Pflege. Die Lebenshilfe hat den Familien Mut gemacht. Zusammen haben sie nach einer passenden Wohnung gesucht. Es gab viele Hindernisse. Doch dann hat ein Zeitungs-Bericht über ihre Wohnungs-Suche geholfen. Sie haben eine Erdgeschoss-Wohnung gefunden. Das Haus wurde gerade

## Unser Zuhause – Die Wohngemeinschaft der Lebenshilfe in Korbach

Aus dem Magazin der Lebenshilfe-Zeitung 4/2015 der Bundesvereinigung Lebenshilfe

Autorin Ina Beyer



Liebblingsplatz in der Wohnküche: Das rote Sofa

Fotos (5): Hans D. Beyer



Die Bewohner\*innen der WG in Korbach



Beim täglichen Einkauf



Gemeinsam kochen



Und dann gemeinsam essen

gebaut. So konnten sie ihre Wohnung planen, genau wie sie sie brauchen. Im Januar 2015 sind die Bewohner in die WG eingezogen. Alle haben ihr eigenes Zimmer und ihr eigenes Bad. Jetzt ist die Lebenshilfe Vermieter. Und die Miete wird einfach durch Sieben geteilt. Die WG gehört zu einem Teilhabe-Projekt. Es heißt: Mitleben. Es ist von der Lebenshilfe Hessen.

An insgesamt acht Orten leben jetzt Menschen mitten in der Stadt. Es sind Menschen, die viel Unterstützung beim Wohnen brauchen.

### Kurze Wege

Diese WG liegt mitten in Korbach. Alle Wege sind kurz. Die Eltern leben in der Umgebung. Korbach ist für alle gut zu erreichen. So besuchen die Eltern auch in der Woche ab und zu die WG. Dass sich die sieben aus der WG schon lange kennen, hat alles leichter gemacht. Auch für die Eltern: Wir hatten viele Jahre Zeit uns darauf vorzubereiten.

Jetzt ist es 16 Uhr: Fast alle sind nach Hause gekommen. Manche sitzen am Küchentisch. Die anderen sind auf dem großen roten Sofa in der Wohn-Küche. Dieser Raum ist Treffpunkt für alle. Manche sind gerne in ihrem eigenen Zimmer. Marie und Anastasia gehen mit Einkaufen.

Um 18 Uhr gibt es Abendessen. Wer mag, hilft mit. Ab 19 Uhr geht es ins Bett. Timon ist als Erster müde. Anastasia ist immer am längsten auf. Sie ist die Älteste.

Um 22 Uhr ist Bettruhe. Jede Nacht ist eine Betreuerin vom Pflege-Dienst in der WG. Sie weckt die Bewohner um 6 Uhr morgens. Dann ist schon eine zweite Person für die Pflege da. Eine Hauswirtschafterin bereitet das Frühstück zu.

Um 8 Uhr haben alle das Haus verlassen. Timon geht in die Tages-Förderstätte. Aber es strengt ihn sehr an. Er bleibt dort nur bis 13 Uhr. In der WG ist deshalb ab Mittag eine Betreuung da. Für ihn war die Veränderung sehr schwer. Seine Mutter erzählt: Er war oft sehr laut und anstrengend. Wenn die anderen ihn nicht so gut kennen würden, hätte er längst ausziehen müssen. Ich bin allen dankbar, dass sie das mit ausgehalten haben.

## Es geht um das Wie! – nicht nur um das Was!

### Bildungsurlaub Rhetorik macht Kommunalpolitiker\*innen fit fürs Mandat

Es war der erste Bildungsurlaub Rhetorik, den die AfK für Kommunalpolitiker\*innen angeboten hatte, und es war ein voller Erfolg. „Es ist etwas ganz anderes, ob wir ein Wochenende ‚freie Rede‘ im Rahmen unserer Kommunalakademie machen, oder eine Woche an Gestik, Mimik, Stimme und Schlagfertigkeit arbeiten können“, sagte Trainer Michael Siebel.

In dem Bildungsurlaub wurden aufbauend auf einem persönlichen politischen Projekt die Rhetorikbausteine „Körper“ (Gestik, Mimik, Körperhaltung), „Stimmführung“ (wie kann ich meine Stimme optimal zum Erklingen bringen), „Schlagfertigkeit“ (Wie reagiere ich auf faire und unfaire Unterbrechungen) und Redeaufbau thematisiert.

Wie ein roter Faden wird der Bildungsurlaub von praktischen Redübungen durchwoben. Am Ende steht eine eigene längere Rede. Die Teilnehmer\*innen hatten neben der persönlichen, wertschätzenden Rückmeldung zu ihren Reden auch die Möglichkeit eines Feedbacks mit Video.

Spätestens im nächsten Jahr gibt es das Angebot wieder.

#### Bildungsurlaub

Alle Veranstaltungen mit dem Hinweis „Bildungsurlaub“ sind vom Hessischen Sozialministerium als Bildungsurlaub anerkannt. Sie können hierfür den Ihnen gesetzlich zustehenden Bildungsurlaub in Anspruch nehmen. Den entsprechenden Bescheid finden Sie bei den jeweiligen Angeboten oder erhalten ihn auf Nachfrage.

#### Weitere Informationen

Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V., Markstraße 10, 65183 Wiesbaden, [info@afk-akademie.de](mailto:info@afk-akademie.de), Tel.: 0611/ 360 117 6, Fax: 0611/ 360 119 5, [www.afk-hessen.de](http://www.afk-hessen.de)



Bildungsurlaub in Gladenbach



Der Weg zum Erfolg



Rhetorik-Training mit vollem Einsatz

Fotos (3): Quelle AfK Hessen e.V.

### Erfahrungen aus dem Bildungsurlaub

**Autorin** Antje Runge, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Oberursel, 48 Jahre

Erstmalig hatte ich mich entschlossen, an einem Bildungsurlaub teilzunehmen. Nachdem ich von einem Genossen auf das Angebot „Rhetorik“ der AfK aufmerksam gemacht worden war, stand der Entschluss zur Teilnahme und damit meine Anmeldung schnell fest. Natürlich sollte der Bildungsurlaub der beruflichen und politischen Weiterbildung dienen und das Thema „Hessische Verfassungsänderung“ stieß auf mein grundsätzliches Interesse. Allerdings waren meine Ziele vor allem, mehr über Körpersprache und Redausdruck zu erfahren, Gelassenheit und Schlagfertigkeit zu üben.

Meine Ziele wurden mehr als übertroffen: Bei den Seminarinhalten ging es nicht um einstudierte Mimik oder Gesten, nicht um kunstvoll gedrechselte Wortakrobatik oder persönliche Inszenierung. Unserem Coach Michael gelang es (ein dickes „Danke“ an dieser Stelle!) in kürzester Zeit, das Vertrauen in der sehr unterschiedlichen Gruppe aufzubauen und auf die verschiedensten Wissensstände einzugehen. Mit viel Spaß und Freude ging es ans Erstellen von Manuskripten, freier Rede und Wortgefechten beim Schlagfertigkeitstraining. Das Gefühl, verstanden zu werden, den eigenen Ausdruck zu verstärken und authentisch zu präsentieren, führte nach einer Woche bei allen Teilnehmer\*innen zu einem Erfolgserlebnis.

Und nebenbei: Unsere Gruppe war super, genau wie die solidarische Atmosphäre im Verdi-Bildungszentrum Gladenbach. Die Auszeit vom Arbeitsalltag und Stress zwischen Job, Ehrenamt und Familie fühlten sich trotz ausgiebigem Rhetorik-Training wie Urlaub an!